

„Wir haben dort nichts. Gar nichts.“

Interview mit Familie D.

Viel wird über die Roma geredet und gerichtet. Selten wird mit ihnen gesprochen. Noch seltener kommen sie selbst zu Wort. Michaela Saliari, aktiv in der Arbeitsgemeinschaft Sintj, Roma und Kirchen BW und im Netzwerk Flüchtlingshilfe Nürtingen hat die serbische Familie Djurić (Name geändert) interviewt und das Ergebnis bei der Kundgebung „Roma haben kein sicheres Herkunftsland“ vorgetragen. Die Familie selbst - Elternpaar und 5 Kinder im Alter von 2-11 Jahren - wollte aus Angst vor Repressalien nicht selbst am Mikrofon sprechen.

Am 5. August sollte Ihre Familie aus Deutschland abgeschoben werden. Wie ist es Ihnen dabei ergangen?

Meine Frau und ich, auch die Kinder, hatten panische Angst. Wir fühlten uns wie gelähmt, es war kaum auszuhalten. Auch dass ich nicht bei meiner Frau und den Kindern sein konnte. Die Kinder wollen nicht zurück, sie wollen hier weiter in die Schule gehen. Wir Eltern machten uns unbeschreibliche Sorgen: Was würde auf uns zukommen? Wo sollten wir und von was sollten wir leben? Wir kamen doch hierher, weil es dort katastrophal für uns war.

Sie haben sowohl im Jahr 2012 als auch im Jahr 2013 einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Obwohl Sie bereits abgelehnt wurden, sind Sie wiedergekommen. Unter welchen Lebensverhältnissen mussten Sie in Serbien leben?

Unsere Kinder wurden in der Schule oft malträtiert. Sie wurden von den Lehrern nicht geschützt – im Gegenteil. Also gingen sie nicht mehr in die Schule. Aber meine Frau hat ihnen Lesen und Schreiben beigebracht. Ich fand zwar manchmal Tagelöhnerarbeit, aber dafür bekam ich entweder zu wenig Geld, manchmal bekam ich auch nichts dafür und wurde beschimpft. Oft wurde ich gleich mit schlimmen Schimpfwörtern verjagt, manchmal auch geschlagen und bedroht. Das Geld reichte nie. Nicht für notwendige Behandlungen, oft nicht einmal für das Essen. Meine Frau suchte mit den Kindern in Abfällen oder in der Stadt nach Essen. Wir hatten kein Haus, keine Wohnung. Wir bauten eine Hütte aus Holz und Metall, das wir im Müll fanden. Irgendwie haben wir überlebt. Aber als sie nachts unsere Hütte anzündeten und wir nur mit knapper Not heraus fanden, entschieden wir uns, wieder nach Deutschland zu gehen.

Wovor fürchten Sie sich, wenn sie wieder zurück müssten?

Es wäre eine Katastrophe! Wir haben nichts dort! Gar nichts. Wir haben große Angst um unsere Kinder. Es gibt niemand, der uns schützt, der uns hilft. Die Polizei hilft auch nicht. Ich weiß nicht, was wir

Es ist sehr schade, dass im Umgang mit Flüchtlingen überhaupt ein Kompromissgeschacher erforderlich ist. Die Möglichkeit einen Staat als sicheres Herkunftsland einzustufen sollte auf EGMR-Ebene überprüft werden. Hier wird einer ganzen Bevölkerungsgruppe ein Menschenrecht vorenthalten, das ist mehr als fragwürdig. Die Möglichkeit für Asylbewerber schon nach 3 Monaten arbeiten zu dürfen ist natürlich eines der wichtigsten Zugeständnisse. Allerdings sollten die Flüchtlinge auch massiv unterstützt werden um die erforderlichen sprachlichen und arbeitsplatzrelevanten Voraussetzungen schnellstmöglich zu erhalten. In unserer Arbeit haben wir aktuell mit einer Roma-Familie zu tun, die einen hohen Integrationsstand hat und nun eben trotz Petition und Härtefallantrag mit der Abschiebung konfrontiert wird. Die Verzweiflung, die in diesen Menschen herrscht, ist unbeschreiblich.

Alwin Schöffler

Arbeitskreis Asyl Schwäbisch Gmünd



machen würden. Am Tag vor dem Abschiebetermin konnte ich mit meiner Mutter telefonieren. Sie weinte und sagte, dass wir nicht kommen sollten, weil es noch schlimmer sei – jetzt nach der Flutkatastrophe.

Wie sind Sie von den deutschen Behörden behandelt worden?

Eigentlich war soweit alles in Ordnung. Das Einzige ist, dass die Ausländerbehörden uns nicht erlauben zusammen zu leben. Ich darf nur Besuchsweise zu meiner Frau und zu den Kindern. Sie ist immer wieder alleine und das ist schwer für sie. Die Fahrkarten müssen wir auch immer selber zahlen.

Sind Ihre Fluchtgründe vom Bundesamt ernst genommen worden?

Als wir ankamen in Deutschland mussten wir nur ganz kurz unsere Gründe auf ein Papier schreiben. Dafür bekamen wir nur wenig Zeit. Wir wären abgeschoben worden ohne Hilfe unserer Freunde, also hat das Bundesamt entschieden, dass das keine richtigen Gründe sind.

4. Warum hatten Sie Angst, selbst bei der Kundgebung zu sprechen?

Wir haben Angst davor, dass die serbische Polizei oder Serben davon erfahren. Wir haben Angst, dass dann alles noch schlimmer wird. Wir wissen nicht, ob wir zurück müssen. Aber wenn, dann könnte es sein, dass wir deswegen große Probleme bekommen. Wir haben schon gehört, dass Abgeschobene von der Polizei verhört wurden.

Diese Entscheidung fiel dem Ministerpräsidenten bestimmt nicht leicht. Sein Interview vom 19. Oktober macht offensichtlich, dass er versuchte, mit der Zustimmung zur Verschärfung des Asylrechts, die er selbst für wenig praxisrelevant hält, einige Verbesserungen für hier lebende Flüchtlinge sowie, hauptsächlich, eine Entlastung für das Land und die Kommunen zu erkaufen.

Wir freuen uns über die positive Seite des Kompromisses. Aber solche Sachen darf man nicht gegeneinander ausspielen. Und man darf nicht lügen. Die Erklärung der drei Westbalkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern ist eine Lüge, die nun im deutschen Gesetz verankert wird. Rassismus und kumulative Diskriminierung können auch Verfolgung sein (vgl. §3a AsylVfG), und bei sehr vielen Menschen aus diesen Staaten ist eine Kumulierung verschiedener Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen ohne Zweifel der Fall – man muss nur den Tatsachen ins Auge sehen.

Alla Nozik

Freundeskreis Asyl Karlsruhe

Fragen an Michaela Saliari

Wie ist es dazu gekommen, dass die Abschiebung verhindert werden konnte? Welche Chancen hat die Familie jetzt?

Wir hatten sehr gute Bedingungen für diesen Teil-Erfolg.

- 1. Durch einen guten, weil schon längeren Kontakt zu der Familie konnte sich ein stabiles Vertrauensverhältnis aufbauen – und eine sichere Vertrauensbasis braucht es, um von seiner schwierigen Lebensgeschichte erzählen zu können.
- 2. Sofort nach Bekanntwerden des Abschiebedatums wandten wir uns an die Beratungsstelle für Roma beim LV Deutscher Sinti und Roma in Mannheim; wir hatten also kompetente Ansprechpartner.
- 3. Wir hatten umfassende, schriftlich fixierte Informationen über die Lebensverhältnisse der Familie in Serbien und damit über die Fluchtgründe der Familie. Dieser Bericht und griffbereite andere asylrelevante Dokumente halfen dem Mitarbeiter in Mannheim die Dringlichkeit schnell einschätzen zu können. Er vermittelte eine neue anwaltliche Vertretung, die zügig und engagiert für die gesamte Familie kurzfristig einen Abschiebestopp erwirkte.
- 4. Unser gut funktionierendes Netzwerk Flüchtlingsarbeit Nürtingen und die flüssige und effektive Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlichen Unterstützern, der Beratungsstelle für Roma in Mannheim und der anwaltlichen Vertretung waren eine große Stütze. Die Chancen? Sie müssten eigentlich gute Chancen haben, denn es liegen eindeutig asylre-

Was aus der neuen gesetzlichen Regelung folgen wird, hat der grüne OB aus Stuttgart, Fritz Kuhn, ganz im Geiste seines Landesvaters bereits analysiert. Er meinte, man solle die Flüchtlinge doch direkt aus der LEA in Karlsruhe abschieben. So wird es auch in Konstanz zutreffen, dass wir hier vor Ort Romaflüchtlinge gar nicht mehr oder zumindest in viel geringerem Maße überhaupt zu Gesicht bekommen. Insbesondere aufgrund der mangelhaften Unterbringungssituation im Landkreis hat dieser „Kompromiss“ zur Folge, dass die Bevölkerung verstärkt Romaflüchtlinge als „schlechte Flüchtlinge“ ansieht, die den vermeintlich wahren Flüchtlingen den Platz wegnehmen. Es ist zu befürchten, dass der Antiziganismus in unserer Gesellschaft dadurch weiter Fuß fassen kann.

Dirk Kirsten

Aktionsbündnis Abschiebestopp Konstanz

vgl. <https://www.openpetition.de/petition/online/alle-kinder-bleiben-hier-keine-abschiebung-von-roma-aus-konstanz>

levante Fluchtgründe vor. Die rechtlichen Möglichkeiten sind noch nicht ausgeschöpft und so dürfen wir hoffen.

2. Wie sollte man in Deutschland aus Ihrer Sicht mit Flüchtlingen, die zur Minderheit der Roma gehören, umgehen?

Ihre Frage ist leider berechtigt, denn wir wissen, dass Roma in der Regel während ihrem gesamten Asylverfahren anders behandelt werden, als andere Flüchtlinge. Schon seit ca. 2012 sind verkürzte Asylverfahren Praxis – es wird nicht mehr im Einzelfall gründlich geprüft. Die Andersbehandlung beginnt schon nach der Ankunft z.B. in Karlsruhe. Mir ist ein Fall bekannt, wo Roma gar nicht erst in die LEA reingelassen wurden mit der Begründung, es gäbe bei ihnen keinen Krieg, sie hätten in Deutschland gar kein Recht auf Asyl und sollten wieder zurück gehen. In der hoffnungslos überfüllten LEA

waren es zumeist Roma, die in den Gängen schlafen mussten, usw. Es scheint, dass auch die Helfersysteme vor und nach dem Transfer – Ehrenamtliche, Sozialarbeiter usw. – zunehmend die Meinung der Bundesregierung und der Medien teilen und zu unterscheiden beginnen: „richtige“ Flüchtlinge, also die „wirklich Verfolgten“ (nämlich die aus Syrien, Irak, Iran, ..) und die anderen (also die Roma), die eh keine „richtigen“ Flüchtlinge sind, weil sie nur „Wirtschaftsflüchtlinge“ seien und deshalb ohnehin zurück müssten.“ Und sicherlich spielen bei all dem auch die hartnäckigen Vorurteile gegenüber den Rom-Völkern eine Rolle, die in der deutschen Gesellschaft präsent sind. Am 3. September wurde von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes das Ergebnis einer umfassenden Großstudie zu Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma vorgestellt. Die Leiterin der ADS warnte bei der Vorstellung der Studie: „Gleichgültigkeit, Unwissenheit und Ablehnung bilden zusammen eine fatale Mischung, die Diskriminierungen gegenüber Sinti und Roma den Boden bereiten“. Sinti und Roma würden von einem beträchtlichen Teil der deutschen Bevölkerung nicht als gleichberechtigte Mitbürgerinnen und Mitbürger wahrgenommen. Die Befunde seien dramatisch und der Handlungsbedarf von Politik und Gesellschaft erheblich. Es setzt ein Domino-Effekt ein – ausgehend von der Vorgabe durch die Bundesregierung – und schließlich bleibt für die Betroffenen nur die „freiwillige Ausreise“ oder es folgt eine Abschiebung. Das führt im Ergebnis zu den geringen Anerkennungsraten für Roma.

Deshalb: Selbstverständlich haben Flüchtlingen aus den Westbalkan-Staaten denselben menschen- und flüchtlingsrechtlichen Anspruch auf eine sorgfältige, einzelfallbezogene und unvoreingenommene Prüfung der Schutzbedürftigkeit. Dieser Anspruch muss ihnen uneingeschränkt zuteil werden!



Unsere Gastmusiker bei der Kundgebung „Roma haben kein sicheres Herkunftsland“:

Der Gitarrist: In Serbien verdiente er als guter Musiker einen guten Lebensunterhalt. Mafiöse Clans wollten ihm Geld abpressen und bedrohten seine Familie, weswegen sie fliehen mussten. Seit vier Jahren in Deutschland, lebt die Familie mittlerweile in einer Wohnung im Kreis Reutlingen. Trotz Duldung und Arbeitsverbot hat sich die Familie integriert. Der 18-jährige Sohn hat die Hauptschule abgeschlossen, darf jetzt aber keine Ausbildung beginnen. Die Familie ist weiter von Abschiebung bedroht.

Der Keyboarder: In Deutschland könnte er mit seinen Fähigkeiten gutes Geld verdienen, in Serbien bekommt er für einen Abend 3 Euro und mit guter Wahrscheinlichkeit wird er nach dem Konzert zusammengeschlagen, weil er ein Rom ist. Seit fünf Jahren irrt die Familie durch Europa, ohne Chance auf einen Aufenthalt. Die nächste Abschiebung steht bevor.

Bild: A. Linder